

Die Glocke

Führende Heimatzeitung im Herzen Westfalens

Ihre NR. 1 vor Ort!

Volksbank Immobilien GmbH VI

☎ 02522 - 61091

Nr. 126 · 22. W. · 139. Jahrgang
Samstag, 1. Juni 2019

Einzelpreis 1,95 Euro
Verlag E. Holterdorf, 59302 Oelde

US-Außenminister zu Gast

Anno 1280 in Gütersloh

Deutschland und USA nähern sich in Streit nicht an

Berlin (dpa). Berlin und Washington sind sich trotz eines moderateren Tons im Umgang in ihren zentralen Streitpunkten nicht erkennbar näher gekommen. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte am Freitag beim ersten Besuch des amerikanischen Außenministers Mike Pompeo in Berlin: „Die Vereinigten Staaten sind und bleiben der wichtigste Partner für Deutschland außerhalb Europas.“

In dem Statement mit Pompeo vor dem Gespräch zählte sie jedoch eine Reihe von Konfliktfeldern auf, die zum Teil sehr strittig sind zwischen beiden Seiten, voran das Atomabkommen mit dem Iran. Weiterhin nannte die Kanzlerin Afghanistan, die „fragile Situation“ in Libyen und Syrien sowie die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit mit Blick auf Russland und die Ukraine.

Pompeo bekräftigte das massive Vorgehen der USA gegen den Iran

und rief andere Staaten auf, sich den US-Sanktionen anzuschließen. Zugleich unterstrich er, dass sich die Sanktionen der Amerikaner nicht auf Dinge wie humanitäre Güter bezögen. Zudem lobte er die iranische Fluglinie Mahan Air die Landerlaubnis in Deutschland verweigert. Der Linie wird vorgeworfen, Terroristen und Waffen zu transportieren.

Pompeo holte seinen vor gut drei Wochen kurzfristig abgesagten Deutschlandbesuch nach. Damals war er wegen der Iran-Krise in den Irak gereist und hatte Irritationen in Berlin hervorgerufen.

Am Donnerstagabend hatte sich Merkel an der US-Eliteuniversität Harvard erneut scharf von der nationalistischen und protektionistischen Politik des US-Präsidenten Donald Trump abgegrenzt, ohne dabei seinen Namen zu nennen. „Veränderungen zum Guten sind möglich, wenn wir sie gemeinsam angehen“, sagte Merkel. „In Alleingängen wird das nicht gelingen.“ **Kommentar/Zeitgeschehen**



Mystische Gestalten: Die Gruppe „Kervan Compagnie“ aus Frankreich mischt sich beim Mittelalterfest Anno 1280 auf dem Hof Kruse in Gütersloh-Isselhorst unter das Volk. An den ersten drei Tagen haben bereits Tausende das Spektakel mit Ritterkämpfen, Marktspielen und Musik besucht. Am Samstag werden die Pforten von 12 bis 24 Uhr und am Sonntag von 10 bis 18 Uhr geöffnet. **Gütersloh/Bild:** Dünholter

Echo der Heimat

Bertelsmann setzt Projekt fort

Bertelsmann führt das 2016 gestartete Flüchtlingsprojekt „Be Welcome“ fort. Gefördert werden acht Frauen und acht Männer im Alter von 18 bis 25 Jahren aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und Bangladesch.

► **Gütersloh**

Gespräche über Organspende

Heute, Samstag, ist der Tag der Organspende. „Die Glocke“ hat die Verleger gefragt, was sie von dem Thema halten. Mit dabei waren mit Karlheinz Bute und Dirk Gerda zwei Verleger, die ein Spenderherz haben.

► **Verl**

Blütenmeer statt Problemfläche

Lange war im Kuhtreich nichts von der eingesäten Wildblumenwiese zu sehen. Der Ampfer war zu dominant. Durch die Hartnäckigkeit der Ehrenamtlichen ist aus der Problemfläche jetzt ein Blütenmeer geworden.

► **Harsewinkel**

Sør-Rusche

Werke erzielen 2,5 Millionen Euro

Oelde/Köln (be). Mehr als 2,5 Millionen Euro sind bei einer ersten Versteigerung von zeitgenössischer Kunst der Sammlung Sør-Rusche in Köln erzielt worden. Der Oelder Textilunternehmer Dr. Dr. Thomas Rusche verkauft seine über vier Generationen aufgebaute Kunstsammlung. Der Erlös – es geht um mehrere Millionen Euro – soll in das Modeunternehmen Sør investiert werden. Neben zeitgenössischer Kunst werden Gemälde niederländischer Meister des 17. Jahrhunderts angeboten. **Kultur und Medien**

Bis Ende 2020

Kaufprämie für E-Autos verlängert

Berlin (dpa). Autofahrer können beim Kauf von Elektroautos länger als bisher geplant eine staatliche Prämie bekommen. Um die weiter schwache Nachfrage anzukurbeln, verlängert die Bundesregierung die Prämie bis Ende 2020. Die Förderung kann aber schon vorher auslaufen, wenn der Prämientopf von insgesamt 1,2 Milliarden vor Ende 2020 leer ist. Ob es auch in den Jahren danach eine Förderung gibt, ist offen. Die Prämie sollte eigentlich Ende Juni auslaufen. Der „Umweltbonus“ war vor drei Jahren eingeführt worden, hat die Erwartungen bisher aber nicht erfüllt. **Wirtschaft**

Nicht nur Masern

Ärzteschaft spricht sich für Impfpflicht aus

Münster (dpa). Die deutsche Ärzteschaft begrüßt die von der Bundesregierung geplante Impfpflicht gegen Masern. Um das Ziel eines möglichst lückenlosen Impfschutzes der Bevölkerung zu erreichen, müsse aber nicht nur der Schutz gegen Masern, sondern der Impfschutz von Kindern und Erwachsenen generell deutlich erhöht werden, teilte der Deutsche Ärzte-

tag am Freitag in Münster mit. Die Delegierten begrüßten, dass künftig jeder Arzt berechtigt sein soll, Schutzimpfungen zu machen, und Fachärzte bei dieser Frage nicht mehr an ihre Gebietsgrenzen gebunden seien.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hatte einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem eine Impfpflicht gegen Masern ab März

2020 für Kinder und das Personal in Kitas und Schulen kommen soll. Dies soll zugleich für Beschäftigte in medizinischen Einrichtungen gelten.

Zudem forderte der Ärzteschaftstag, dass die gesetzlichen Krankenkassen künftig generell die Kosten für einen vorgeburtlichen Bluttest auf das Down-Syndrom übernehmen sollen. Die finanzielle Situation der

Eltern dürfe bei der Entscheidung, ein behindertes Kind zu bekommen und zu pflegen, nicht entscheidend sein. Der Zugang zu den Tests müsse aber mit entsprechender Beratung begleitet werden. Seit 2012 werden Schwangeren vorgeburtliche Bluttests angeboten, mit denen unter anderem untersucht wird, ob das Kind mit einem Down-Syndrom auf die Welt käme. **Westfalen**

Schiffsunglück



Helfer haben nach einem Schiffsunglück mit mindestens sieben Toten auf der Donau mitten in Budapest ihre Suche nach den immer noch 21 Vermissten fortgesetzt. Bei den meisten Opfern handelt es sich um südkoreanische Touristen. **Weltchronik/Bild:** dpa

Fraktionschef der Union

Brinkhaus: „Soli“ nicht vollständig abschaffen

Berlin (gl). Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Ralph Brinkhaus, ist von der Forderung der Union abgerückt, den Solidaritätszuschlag in dieser Legislaturperiode vollständig abzuschaffen. Im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD sei der Abbau des „Soli“ für 90 Prozent der Steuerzahler vereinbart worden, sagte der Rheda-Wiedenbrücker dem „Handelsblatt“. „Ich bin da konservativ und sage: Verträge sollten auch eingehalten werden.“

Hintergrund sind Forderungen aus der Union, den „Soli“ komplett abzuschaffen. Auch Brinkhaus hatte sich dafür ausgesprochen.

Nun sagte er mit Blick auf die absehbare Abschwächung der Konjunktur: „Wir müssen den Standort Deutschland fit machen.“ Daher „müssen wir jetzt bei der Finanzplanung den Schwerpunkt auf Investitionen legen und weniger auf Konsum“. Selbst Unternehmen seien ein gutes Bildungssystem und eine gute Infrastruktur wichtiger als Steuersenkungen.

Brinkhaus forderte zugleich die SPD auf, sich an die Vereinbarungen zur Grundrente zu halten. Hierzu ist im Koalitionsvertrag eine Bedürftigkeitsprüfung vorgesehen, auf die die SPD nun verzichten will. **Kommentar**

Grüne legen Entwurf vor

Kinderrechte ins Grundgesetz

Berlin (dpa). Beim Thema Kinderrechte ins Grundgesetz sprechen die Grünen vor: Die Fraktion will in der kommenden Woche einen Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen. Darin geht es konkret um eine Änderung von Artikel 6 des Grundgesetzes. Es ist nicht das erste Mal, dass ein solcher Anlauf unternommen wird.

Aber die Chancen für das Thema stehen grundsätzlich besser denn je, denn auch die Parteien der großen Koalition haben sich vorgenommen, das Grundgesetz zu Gunsten der Kleinsten in der Gesellschaft zu ändern.

Nach dem Vorschlag der Grünen soll in Artikel 6 des Grundgesetzes, in dem es um Eltern, Familie

und Kinder geht, ein neuer Absatz 4a eingefügt werden – mit folgendem Text: „Jedes Kind hat das Recht auf Förderung seiner Entwicklung. Bei allen Angelegenheiten, die das Kind betreffen, ist es entsprechend Alter und Reife zu beteiligen; Wille und zuvörderst Wohl des Kindes sind maßgeblich zu berücksichtigen.“

Fund aus dem Jahr 1900

Ältester Film über Sonnenfinsternis

London (dpa). Wissenschaftler haben den nach ihren Angaben ältesten Film über eine totale Sonnenfinsternis wiederentdeckt. Das verpackte Material aus dem Jahr 1900 stammt vom britischen Filmemacher Nevil Maskelyne und lag in den Archiven der Königl-

ichen Astronomischen Gesellschaft. Maskelyne hatte die jetzt überarbeiteten bewegten Bilder während einer Expedition in North Carolina (USA) aufgenommen. Der kurze Film ist im Internet kostenlos abrufbar.

Es war der zweite Versuch des

Filmemachers, eine Sonnenfinsternis festzuhalten. Schon 1898 nahm er ein solches Spektakel in Indien auf, doch das Material war während seiner Rückreise gestohlen worden. Eine totale Sonnenfinsternis entsteht, wenn sich der Mond zwischen Erde und Sonne schiebt.

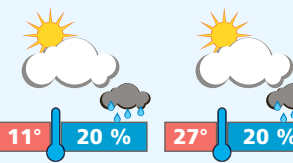
Fußball

Löw fällt nach Sportunfall aus

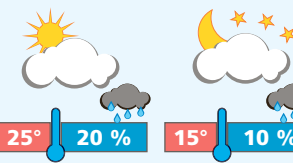
Berlin (dpa). Joachim Löw kann die deutsche Fußball-Nationalelf in den anstehenden EM-Qualifikationsspielen gegen Weißrussland und Estland nach einem Sportunfall nicht betreuen. Der Bundestrainer muss sich stationär behandeln lassen, teilte der DFB am Freitag mit. Bei dem Unfall sei eine Arterie gequetscht worden. **Sport**

Wetter

Morgens Mittags



Abends Nachts



ANZEIGE

Der Polsterspezialist
Gebr. POGGEL
Polstermöbelwerkstätten und Möbelvertrieb

Verkaufsoffener Sonntag
am 2. Juni 2019
von 13 bis 18 Uhr



Wir laden Sie ein zu einem frisch gebrühten Kaffee aus dem Coffee-Bike.

Heute und morgen: Super-Spar-Tage

10% Rabatt auf Alles
außer auf bereits reduzierte Ware

Mo.–Fr. 8.00–18.00 Uhr · Samstag 9.00–12.30 Uhr
Gerh.-Frede-Str. 3-5, 59320 Ennigerloh-Westkirchen
Tel.: 02587/217 · www.poggel-polstermoebel.de

Online-Umfrage
www.die-glocke.de

► **Aktuelle Frage**

Sollte das Grundgesetz um Kinderrechte erweitert werden?

► **Letzte Frage**

Spielen Sie Darts?
Ja, regelmäßig 2,6 %
Ab und zu 15,3 %
Nein 82,1 %
(425 Stimmen abgegeben)

